

Erklärung von industriAll Europe zu COVID

Gemeinsam kämpfen für Gesundheit, Arbeitsplätze, Einkommen und nachhaltige Industrien!

Dokument verabschiedet vom 17. Exekutivausschuss von industriAll Europe
Online Sitzung, 1. Juli 2020 | 105/2020

Für industriAll Europe und alle ihre Mitglieder erfordern diese beispiellosen Ereignisse beispiellose Maßnahmen! *In ganz Europa haben die Gewerkschaften während der Pandemie gehandelt. Wir haben dafür gekämpft, Einkommen zu sichern, die Gesundheit zu schützen, sichere Arbeitsplätze zu garantieren und Arbeitsplätze zu erhalten. Wir haben dies durch Tarifverträge und Einflussnahme auf politische Entscheidungen erreicht. Wir haben zu Streiks aufgerufen, wenn die Beschäftigten ohne entsprechende Schutzausrüstung weiter in den Fabriken arbeiten mussten. Heute setzen wir den Kampf für geeignete wirtschafts- und sozialpolitische Instrumente fort, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten vor der Rezession zu schützen. Wir fordern, dass Europas Politiker und Arbeitgeber ihre politische und soziale Verantwortung anerkennen und jetzt das tun, was nötig ist, um eine schwere Rezession zu vermeiden.*

IndustriAll Europe erkennt die Anstrengungen der EZB, der EU-Kommission und der nationalen Regierungen zur Überwindung der Gesundheitskrise und zur Milderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen an. Nichtsdestotrotz bedauert industriAll Europe, dass die COVID-19-Krise in einigen Mitgliedstaaten als Vorwand für die Zerstörung der demokratischen Kontrollmöglichkeiten missbraucht wird. Außerordentliche Befugnisse müssen nach Treu und Glauben angewandt und dürfen nicht dazu missbraucht werden, soziale und Arbeitnehmerrechte anzugreifen.

Für industriAll Europe geht es darum, dass Notfallmaßnahmen Arbeitsplätze, Einkommen und soziale Sicherheit schützen, wobei den schwächsten Arbeitnehmer*innen besondere Aufmerksamkeit gelten muss. Dies wird am besten durch einen echten Dialog zwischen den Sozialpartnern gewährleistet. Auch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik wird noch einige Zeit unerlässlich bleiben, um die Schwere der bevorstehenden Rezession zu begrenzen. Die öffentliche Unterstützung für Privatunternehmen muss an soziale Gerechtigkeit geknüpft werden, durch garantierte künftige Investitionen, Anzahl und Qualität der Arbeitsplätze, gerechte Besteuerung und das Verbot von Mitnahmegewinnen für Aktionäre.

Zusätzlich zu den Sofortmaßnahmen und um die langfristige Zukunft der europäischen Industrie zu sichern, ist eine rasche Einigung über das vorgeschlagene europäische Konjunkturprogramm dringend erforderlich, um unsere Volkswirtschaften wieder in Schwung zu bringen, den grünen und digitalen Wandel zu finanzieren und eine ausgewogene Erholung zu gewährleisten. IndustriAll Europe ist der Meinung, dass wir nur mit Solidarität und europaweit koordinierten Lösungen in der Lage sein werden, diesen gesundheitlichen Notstand zu bewältigen und seinen wirtschaftlichen Folgen entgegenzuwirken. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass die bestehenden Ungleichheiten noch größer werden und Nationalismus und populistische Wut geschürt werden. Dies könnte zu einem

weiteren Zerfall führen und das Ende der EU als politisches und soziales Projekt bedeuten. Wir dürfen die Lehren aus der Krise 2008 nicht vergessen, als der Euroskeptizismus unter den Beschäftigten, die sich im Stich gelassen fühlten, wuchs und undemokratische Kräfte erstarkten.

Kampf für die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen

Viele Industriebeschäftigte stehen im Kampf gegen COVID-19 an vorderster Front, da sie in systemrelevanten Produktions- und Dienstleistungsbereichen arbeiten und dabei täglich ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen. Sie haben dazu beigetragen, die Produktionslinien auf die Herstellung wichtiger medizinischer und persönlicher Schutzausrüstung umzustellen. Gleichzeitig leiden die Gesundheitssysteme in mehreren Mitgliedstaaten unter einem Jahrzehnt der Haushaltskürzungen. Für industriAll Europe ist klar, dass öffentliche, freie und gut finanzierte Gesundheitssysteme, die für alle zugänglich sind, auch in Zukunft ein Rückgrat unserer Wohlfahrtsstaaten bleiben müssen. Die Krise hat gezeigt, dass auch in dieser Hinsicht mehr Zusammenarbeit auf europäischer Ebene dringend erforderlich ist.

Um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen ist es wichtig, dass:

- **die Gewerkschaften** in jedem Plan zur Wiederaufnahme der Produktion **eine wesentliche Rolle spielen**, um den Schutz der Beschäftigten zu gewährleisten. Daher ist die vorherige Zustimmung der Gewerkschaften erforderlich und muss die Richtlinie 89/391 in allen Ländern und an allen Arbeitsplätzen gewissenhaft umgesetzt werden.
- **die Beschäftigten sich sicher fühlen können, wenn sie wieder zur Arbeit gehen**. Kein(e) Arbeitnehmer*in kann zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen werden, wenn ihre/ seine Sicherheit nicht garantiert werden kann. Daher müssen umfassende Maßnahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz ergriffen werden. Die Konsultation der Gewerkschaftsvertreter*innen und die direkte Einbeziehung der Beschäftigten selbst müssen sicherstellen, dass jede(r) Arbeitnehmer*in angemessen geschützt wird. Bei der Festlegung und Umsetzung von Maßnahmen muss auf intern und extern verfügbares Fachwissen zurückgegriffen werden.
- **die Unternehmen vor der Wiederaufnahme der Arbeit** auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen den nationalen Gewerkschaften und Arbeitgebern **eine neue post-COVID-Arbeitsorganisation etablieren**. Dies muss unter Beachtung des Vorsorgeprinzips und auf der Grundlage einer gründlichen Risikoanalyse jedes einzelnen Arbeitsplatzes erfolgen. Das Risiko und die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen an jedem Arbeitsplatz müssen analysiert und mit den Arbeitnehmer*innen diskutiert werden. Es müssen Präventivmaßnahmen konzipiert und umgesetzt werden.
- diese neue Arbeitsorganisation **soziale Distanzierung gewährleistet**: beim Pendeln, zu Beginn und am Ende der Arbeitszeit, in den Pausen, in der Betriebskantine, indem die Bedingungen für Telearbeit geschaffen und Gruppenzusammenkünfte vermieden werden. Gegebenenfalls muss die Produktion reduziert werden.
- die **Beschäftigten** in Fragen angepasster Sicherheitsvorschriften und des Gebrauchs von Schutzausrüstung **geschult werden**.

- (Unternehmen und Behörden) allen Beschäftigten **Schutzausrüstungen** zur Verfügung stellen, auch Arbeitnehmer*innen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeiter*innen.
- **Beschäftigte mit Vorerkrankungen** ohne physische Kontakte sicher arbeiten können oder von der Arbeit freigestellt werden, ohne dass sie ihr Einkommen verlieren.
- die **Einhaltung** der organisatorischen Maßnahmen sowohl vom Arbeitgeber als auch von den Arbeitnehmervertreter*innen ständig überwacht wird. Sie müssen von Experten für Arbeitssicherheit, Betriebsärzten, Sicherheitsbeauftragten unterstützt werden. Die nationalen Gesundheits- und Sicherheitsbehörden müssen externe Kontrolle gewährleisten.
- die **psychologischen Auswirkungen**, die die COVID-19-Krise auf die psychische Gesundheit der Beschäftigten haben kann, die Risiken ausgesetzt sind, weil sie enge Kontakte zu Kunden haben, weil sie die Arbeit von zu Hause aus mit der Erziehung ihrer Kinder vereinbaren müssen oder weil sie aufgrund geschlossener Grenzen von ihren Familien getrennt sind (z.B. entsandte Arbeitnehmer*innen), gebührend berücksichtigt werden.
- die neue Arbeitsorganisation so lange beibehalten wird, wie dies zur **Vermeidung einer zweiten Infektionswelle** erforderlich ist. Die Unternehmen müssen die Gelegenheit nutzen, eine neue, innovative Arbeitsorganisation (einschließlich Telearbeit) einzuführen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Kompetenzen der Beschäftigten optimal nutzt.

Kampf für das Einkommen der Arbeitnehmer*innen

Neben der gesundheitlichen Herausforderung ist es entscheidend, dass die vom Lockdown betroffenen Beschäftigten über ein ausreichendes Einkommen verfügen, um über die Runden zu kommen. Für eine rasche Konjunkturerholung ist es wichtig, dass die Kaufkraft erhalten bleibt. IndustriAll Europe kann nicht akzeptieren, dass die Rezession von Preissteigerungen begleitet wird, die zu weit verbreiteter Verarmung führen könnten. Nach der Krise dürfen keine Sparprogramme auferlegt werden, da dies eine Erholung zunichtemachen würde. Die Beschäftigten dürfen nicht Opfer der Krise werden und müssen vor Einkommensverlusten geschützt werden, indem:

- nationale Regierungen **gut funktionierende soziale Sicherungssysteme gewährleisten**, wie Arbeitslosenversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (auch für Beschäftigte unter Quarantäne), Einkommensbeihilfen für Beschäftigte mit Kindern während der Schließungen von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.
- **die sozialen Rechte der prekärsten Beschäftigten** wie Arbeitnehmer*innen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeiter*innen gestärkt werden.
- individuell zugeschnittene Maßnahmen für alle **anderen Personen, die durch das Netz fallen** und nicht arbeitslosen- oder krankenversichert sind (z.B. Freiberufler*innen), getroffen werden.
- **Hypothekenzahlungen** für die Dauer der Krise **ausgesetzt werden**; Zwangsversteigerungen von Eigenheimen müssen untersagt werden.
- der **Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen** (Elektrizität, Heizung, Internet) **gewährleistet** und ein Zahlungsaufschub genehmigt **wird**.
- die Zuschüsse und die Dauer von **Kurzarbeitsregelungen** erhöht bzw. verlängert werden (und solche Systeme eingeführt werden, wo es sie nicht gibt).
- das neue befristete europäische SURE-Instrument zur Unterstützung von Kurzarbeitsregelungen durch europäische Mindeststandards in Bezug auf den geographischen Geltungsbereich, Dauer,

Angemessenheit der Zahlungen, Inklusivität, Erhalt von Arbeitsplätzen, Ausbildung und Wahrung der Einbeziehung der Sozialpartner begleitet wird.

- die Kommission einen ehrgeizigen Aktionsplan vorlegt, um die Mitgliedstaaten zu ermutigen, ihre Versprechen in Zusammenhang mit der Proklamation der **Europäischen Säule der sozialen Rechte** auch tatsächlich einzulösen.
- eine europaweite Debatte über angemessene Strategien zur Verhinderung einer weiteren Vertiefung der sozialen Spaltung innerhalb der EU eingeleitet wird. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass die COVID-19-Krise die Ungleichheiten sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen den Mitgliedstaaten verstärkt. Eine „gleichere“ Union muss eines der Schlüsselthemen der bevorstehenden Konferenz über die Zukunft Europas werden.

Kampf für die Jobs der Arbeitnehmer*innen

Unternehmen in allen Wirtschaftssektoren haben die Produktion eingestellt, Arbeitszeiten gekürzt und Beschäftigte entlassen, beginnend mit den prekärsten Beschäftigten. In einem Monat beantragten mehr als 30 Millionen Arbeitnehmer*innen in der EU Arbeitslosenunterstützung. Da viele Unternehmen vor dem Zusammenbruch stehen, muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Unternehmen und die Millionen Arbeitnehmer*innen, die sie beschäftigen, überleben können. Während der Betriebsstilllegungen müssen die Produktionskapazitäten geschützt werden, damit sie wieder hochgefahren werden können, sobald es die Bedingungen erlauben. Deshalb ist es wichtig:

- Systeme einzuführen, die es ermöglichen, die **Liquidität der Unternehmen** durch Überbrückungsdarlehen zu Zinssätzen nahe Null, staatliche Garantien, Stundung von Steuer-, Mehrwertsteuer- und Sozialbeitragszahlungen zu sichern. Ohne ausreichende Unterstützung durch ihre Regierungen laufen viele Unternehmen Gefahr, zu verschwinden, was die Folge hätte, dass der Rückgang des BIP noch stärker ausfällt und sich die Konjunktur wesentlich langsamer erholt. Diese Unterstützung muss an die Bedingung geknüpft werden, dass Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen gesichert werden, einschließlich eines „Rückkehrrechts“ für entlassene Arbeitnehmer*innen.
- während der Pandemie die europäischen Regeln für **staatliche Beihilfen** zu lockern, um lebensfähige Unternehmen zu unterstützen (wobei die Unternehmen im Gegenzug auf Dividendenzahlungen, Boni und Aktienrückkäufe verzichten müssen), z.B. durch Kreditgarantieregungen, zinsgünstige Darlehen, Lohnsubventionen, Steuergutschriften. Auch diese Unterstützung muss davon abhängig gemacht werden, dass die Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen erhalten werden. Staatliche Hilfe muss außerdem von vollständiger Steuertransparenz (z.B. länderbezogene Berichterstattung), vom Verzicht auf aggressive Steuerplanung und vom Rückzug aus Steueroasen abhängig gemacht werden. Staatliche Beihilfen müssen mit den Zielen des europäischen Green Deal vereinbar sein und so ausgestaltet werden, dass sie einen gerechten Strukturwandel zu einer kohlenstoffneutralen und zirkulären Wirtschaft unterstützen, wobei die sektoralen und regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen sind.
- die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, **Kurzarbeitsprogramme** einzuführen und zu stärken. Diese Programme tragen zur Sicherung der Beschäftigung bei, da ein Teil der Löhne und Gehälter durch den Staat übernommen wird und sie bedingen, dass die Beschäftigten auf der Lohn- und

Gehaltsliste des Unternehmens verbleiben. Diese Programme müssen mit der Verbesserung der Qualifikationen verknüpft werden, um unsere Personalressourcen zu stärken. Mitgliedstaaten, in denen es ein solches System nicht gibt, sollten es einführen (z.B. durch Nutzung des neu geschaffenen SURE-Fonds).

- eine **öffentliche Beteiligung** an Unternehmen in Betracht zu ziehen, wenn dies zur Rettung lebensfähiger Unternehmen oder zur Verteidigung der strategischen Interessen Europas notwendig ist.
- sicherzustellen, dass die **Banken** bei der Behandlung notleidender Kredite Flexibilität zeigen und allen Unternehmen, die bereit sind, Arbeitsplätze zu retten, Zinsverzichte und Zahlungsbefreiungen anbieten. Mitgliedstaaten müssen bei der Einrichtung und Stärkung nationaler Entwicklungsbanken und öffentlicher Banken auf regionaler Ebene unterstützt werden.
- **Arbeitsplätze in der gesamten Wertschöpfungskette zu erhalten**, indem in Bezug auf die Bedingungen der Lieferverträge Flexibilität gezeigt wird (z.B. Befreiung von der Zahlung von Strafen bei Verzug aufgrund der den Subunternehmern auferlegten Einschränkungen), indem die schwächsten „Glieder“ in den Lieferketten unterstützt werden und indem die Störungen in der Lieferkette beobachtet und schnelle Lösungen gefunden werden. Um ein verantwortungsvolles Geschäftsgebaren und nachhaltige Lieferketten zu gewährleisten, brauchen wir eine EU-Verordnung über von Unternehmen begangene Menschenrechtsverletzungen und ökologische Sorgfaltspflichten.
- **zu verhindern, dass COVID-19 als Vorwand** für Entlassungen, Angriffe auf Arbeitsbedingungen, die Aushöhlung von Tarifverhandlungssystemen und die Nichtachtung von Unterrichts-, Anhörungs-, Beteiligungs- und anderen Arbeitnehmerrechten **missbraucht wird**. Es müssen konkrete und rasche Maßnahmen ergriffen werden, um die wirksame Durchsetzung der Rechte der EU-Beschäftigten auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung an der Entscheidungsfindung zu gewährleisten bevor eine Entscheidung auf nationaler oder EU-Ebene getroffen wird.
- Instrumente zu entwickeln, die es ermöglichen, die **Umstrukturierungswelle** in der Zeit nach der Pandemie **rechtzeitig zu antizipieren und zu bewältigen**, und für jeden einzelnen von einer Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmer eine angemessene Lösung zu finden. Zu diesen Instrumenten gehört neben der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Unterrichtung und Anhörung auch die Möglichkeit der Gewerkschaften, alternative Strategien zur Verhinderung von Massenentlassungen vorzulegen und (Um-)Schulungsmaßnahmen zu organisieren. Für Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, muss ein reibungsloser Übergang organisiert werden (durch Gruppen-Outplacement, individuelle Schulungsprogramme, Unterstützung bei der Arbeitssuche). Während des gesamten Prozesses hin zu einer neuen Zukunft muss Einkommenssicherheit gewährleistet sein. Durch regionale Redevelopmentpläne müssen neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Schließlich sind auch lebenslanges Lernen und permanente Fortbildung und Umschulung wichtige Instrumente zur Stärkung der Position der Arbeitnehmer*innen auf den Arbeitsmärkten.
- zu bedenken, dass junge Menschen, Migrant*innen und Arbeitnehmer*innen mit anderem ethnischen Hintergrund bereits die großen Verlierer dieser Krise sind und ihre Arbeitslosenquote schwindelerregend hoch sein wird. Die EU muss ein umfassendes Programm für Jugendbeschäftigung durch Verlagerungen und die Genehmigung großer europäischer Projekte aufstellen. Sie muss außerdem Programme zur Unterstützung von Migrant*innen und Arbeitnehmer*innen mit Migrationshintergrund verabschieden.

- Die Krise hat gezeigt, dass Frauen einen hohen Preis zahlen, entweder weil sie prekär beschäftigt sind oder Telearbeit bei gleichzeitiger Kinderbetreuung und Hausarbeit zu einer Tortur geworden ist. Der Status von berufstätigen Frauen muss von nun an zu einem vorrangigen Thema werden. Es wird immer wichtiger, die Qualifikationen in von Frauen dominierten Berufen, die oft auch noch weniger gut angesehen sind, gebührend anzuerkennen. Dies wirft die Frage nach einer Lohnerhöhung für diese Berufe auf.

Kampf für unsere Industrien

Neben kurzfristigen gezielten Reaktionen, die auf einen plötzlichen wirtschaftlichen Schock ausgelegt sind, muss verhindert werden, dass der vorübergehende Produktionsausfall zu einem dauerhaften wird und dass die Liquiditätskrise zu einer Solvenzkrise wird. COVID-19 wird erhebliche Welleneffekte haben, die sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken werden. Es gilt keine Zeit zu verlieren, um sich mit den langfristigen Folgen für eine Wirtschaft auseinanderzusetzen, die völlig zum Stillstand gekommen ist, was zu explodierenden Arbeitslosenzahlen, dramatisch sinkender Industrieproduktion, zunehmender Verschuldung, wachsenden Ungleichheiten und Armut geführt hat. Es werden umfassende Konjunkturpakete erforderlich sein, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, während gleichzeitig die Folgen für die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen so gering wie möglich gehalten und eine zweite Infektionswelle vermieden werden müssen. Aus diesem Grund fordert industriAll Europe eine rasche Einigung der europäischen Institutionen über den von der Kommission am 27. Mai 2020 vorgelegten EU-Konjunkturplan (einschließlich des Konjunkturprogramms Next Generation EU). IndustriAll Europe begrüßt dieses Konjunkturprogramm, da es eine koordinierte europäische Strategie für die Zeit nach einer Pandemie festlegt, die öffentliche und private Investitionen für den Übergang zu einer digitalisierten und kohlenstoffarmen Wirtschaft unterstützt.

Im Vorfeld der Verhandlungen vor Verabschiedung des Programms drängt industriAll Europe die europäischen Staats- und Regierungschefs nachdrücklich darauf sicherzustellen, dass der endgültige Plan:

- die Umsetzung des Green Deal, der digitalen Strategie sowie der neuen (kurz vor Ausbruch der Pandemie veröffentlichten) industriepolitischen Strategie unterstützt.
- eine echte europäische Antwort liefert, die ehrgeizig und darauf ausgerichtet ist, eine bedeutende makroökonomische Wirkung zu erzielen und dazu beizutragen, eine weitere Zerstörung von Kapital (auch von Personalressourcen) zu verhindern, Vertrauen wiederherzustellen und wichtige Multiplikatoreffekte zu erzielen. Der Plan muss dabei helfen, einen asymmetrischen Aufschwung zu verhindern (da einige Mitgliedstaaten über einen größeren finanziellen Spielraum zur Unterstützung des Aufschwungs verfügen als andere) und den inneren Zusammenhalt und Solidarität zu fördern.
- eine erhebliche Aufstockung der Mittel für den Fonds für einen gerechten Übergang vorsieht und so die sozialen Folgen der Krise und der wirtschaftlichen Transformation gemildert werden.
- allen EU-Mitgliedern zugutekommt, insbesondere den von der Pandemie am stärksten betroffenen.

- unsere gemeinsamen politischen Prioritäten voranbringt: die Rückkehr der Industrie zur Normalität, Investitionen in kritische industrielle und soziale Infrastruktur sowie die kohlenstoffarme Wirtschaft, die Entwicklung gemeinsamer Programme für den industriellen Wiederaufbau und die Unterstützung für gute Arbeitsplätze in der Industrie.
- mit stärkeren Durchsetzungsmechanismen in Bezug auf die Einhaltung der europäischen Verträge, der Vorschriften und der Rechtsstaatlichkeit einhergeht. Es müssen die notwendigen institutionellen Kontrollmechanismen geschaffen werden, um ein solides Finanzmanagement zu gewährleisten und sicherzustellen, dass das Geld der Steuerzahler vernünftig verwendet wird.
- nicht nur durch Kredite, sondern auch durch neue Eigenmittel finanziert wird.
- die Gewerkschaften im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung des Aufbauplans durch sozialen Dialog und Konsultationen zu Partnern macht, z.B. wenn es um die Verwendung des Fonds für einen gerechten Übergang oder die Unterstützung industrieller Wertschöpfungsketten geht.

Der endgültige Plan muss von Maßnahmen begleitet werden, um:

- eine **Bestandsaufnahme der Auswirkungen von COVID-19 auf alle Industriesektoren** vorzunehmen und das Ausmaß der Krise für jeden einzelnen Sektor zu analysieren, die zur Unterstützung ihrer Erholung erforderlichen politischen Maßnahmen zu bestimmen und die Auswirkungen auf ihre Fähigkeit zur Einhaltung gesetzlicher Verpflichtungen zu bewerten.
- **feindliche Übernahmen** von europäischen Unternehmen (aufgrund der derzeit sehr niedrigen Aktienkurse) durch (staatlich unterstützte) Unternehmen von außerhalb der EU **zu verhindern**, indem der neue europäische Screening-Mechanismus für ausländische Direktinvestitionen genutzt wird oder Regierungen Unternehmensanteile erwerben. Der Schaffung von Monopolen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da das Risiko besteht, dass schwächere Unternehmen von stärkeren Akteuren übernommen werden. Gewerkschaften müssen an Übernahmeentscheidungen beteiligt werden, um aggressive Übernahmen durch Hedge-Fonds oder Private-Equity-Firmen zu verhindern, die nur an kurzfristigen Gewinnen interessiert sind.
- **die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit** durch den (Wieder-)Aufbau strategischer Wertschöpfungsketten innerhalb der EU, die Unterstützung von Industrieallianzen, die Reintegration von Lieferketten innerhalb der EU, die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades (z.B. in Hinblick auf Energie, Pharmazeutika, Rohstoffe), die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft und die heimische Produktion strategischer Ausrüstung **zu stärken**.
- sicherzustellen, dass **Unternehmen und Einzelpersonen ihren gerechten Steueranteil zahlen**. Da die Mitgliedstaaten dringend erhebliche öffentliche Mittel benötigen, kann die EU die Bekämpfung von Steuerumgehung, Steuerhinterziehung, Geldwäsche oder die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Steuerbemessungsgrundlage und eines Mindeststeuersatzes für Unternehmen nicht länger hinauszögern.
- die **lockerere Geldpolitik** der EZB **fortzusetzen**, solange dies notwendig ist.
- Protektionismus zu verhindern und den freien und fairen Handel zwischen der EU und dem Rest der Welt auf der Grundlage multilateraler Regeln zu gewährleisten.

Um die Krise zu überwinden ist ein vereintes und entschlossenes Europa erforderlich

Die COVID-19-Pandemie hat zu einem fast vollständigen Lockdown der europäischen Industrie geführt. Es droht eine extrem schwere Rezession. Da das Virus keine Grenzen kennt, ist eine gemeinsame europäische (und globale) Reaktion von größter Bedeutung, um die Bürger*innen zu schützen und die Wirtschaft zu retten. Die Überwindung der Krise, ohne dabei jemanden zurückzulassen, muss von Solidarität in unseren Gesellschaften, von effektiver Zusammenarbeit und vom Willen zu gemeinsamen Lösungen geleitet sein. Sie wird eine beispiellose Bewährungsprobe für die europäische Einheit und Solidarität darstellen.

Viele der angekündigten Maßnahmen der EZB, der Kommission und der Mitgliedstaaten sind Schritte in die richtige Richtung. Mehr europäische Entschlossenheit und Koordinierung sollten die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen jedoch verstärken. Da die europäischen Volkswirtschaften voneinander abhängig und die Wertschöpfungsketten international organisiert sind, sollte Europa darüber hinaus auch bei der koordinierten Lockerung der Lockdown-Maßnahmen die Führung übernehmen und die Freizügigkeit im Binnenmarkt gestützt auf den Vorsorgegrundsatz wiederherstellen. Die Öffnung und Schließung der Grenzen muss in koordinierter Weise auf der Grundlage eines gemeinsamen Ansatzes geregelt werden. Es ist von größter Bedeutung, die Lehren aus der aktuellen COVID-19-Krise zu ziehen, um ein Wiederaufflammen der Pandemie zu verhindern.

Am wichtigsten ist jedoch die Entwicklung einer europäischen Strategie zur Erholung der Konjunktur, die den Ehrgeiz hat, eine langanhaltende wirtschaftliche Rezession oder sogar Depression zu verhindern. Die EU muss jetzt die Grundlagen für ein starkes, nachhaltiges und integratives Wachstum schaffen. Um ein weiteres verlorenes Jahrzehnt fragilen und ungleichen Wachstums abzuwenden, brauchen wir eine mutige Politik. Erforderlich sind umfassende europäische Solidarität und das Bewusstsein, dass wir - mehr denn je - eine europäische Koordinierung brauchen, um diese Krise zu überwinden. Eine Konjunkturstrategie auf der Grundlage eines koordinierten und groß angelegten Investitionsplans, unterstützt durch einen kühnen Rettungsfonds und mit dem Ziel, überall in Europa hochwertige Arbeitsplätze in einer intelligenten und nachhaltigen Wirtschaft zu schaffen, wäre ein kraftvoller Beweis der Solidarität und würde das in einigen Mitgliedstaaten bestehende Risiko einer anti-europäischen Gegenreaktion verringern. Eine solche Strategie würde außerdem die strategische Autonomie Europas in vielen wichtigen Wertschöpfungsketten stärken.

Um Millionen Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten, ist es wichtig, dass die Regierungen entschlossen handeln, um die Kontinuität der Wirtschaftstätigkeit zu gewährleisten, Insolvenzen abzuwenden und Entlassungen zu verhindern. Die Entscheidungen, die heute getroffen werden, bestimmen die Zukunft unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften auf viele Jahre hinaus.

Da die Arbeitnehmer*innen an vorderster Front der COVID-19-Krise stehen, müssen die Gewerkschaften auf allen Ebenen (Unternehmen, Sektoren, Regionen, Mitgliedstaaten, EU) in die Gestaltung und Umsetzung aller Maßnahmen zur Eindämmung der Krise, zur Ankurbelung der Wirtschaft und in alle Bemühungen zur Belebung der Beschäftigung einbezogen werden.

Die Gewerkschaften müssen gestärkt werden, um sicherzustellen, dass diese Krise nicht dazu genutzt werden kann, die Rechte auf Tarifverhandlungen und Unterrichtung sowie Anhörung zu untergraben

und um die allgemeinen Arbeitnehmerrechte zu schützen. Eine starke und aktive Basis organisierter Arbeitnehmer*innen ist die beste Garantie für den Schutz der Arbeitsplätze und der sozialen Rechte der Beschäftigten. Die Mitbestimmungsrechte muss nachdrücklich gestärkt werden.

COVID-19 hat gezeigt, wie wichtig starke öffentliche Dienste und soziale Sicherheitsnetze sind und der Überzeugung ein Ende gesetzt, dass eine neoliberale Deregulierungspolitik und ein „Minimalstaat“ die besten Garantien für wirtschaftliches Wachstum sind.

IndustriAll Europe bekräftigt die Notwendigkeit, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu stärken. Sozialer Dialog, Tarifverhandlungen und Arbeitnehmerbeteiligung haben sich als positive Beiträge im Kampf gegen die Coronakrise erwiesen. Gemeinsame Lösungen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer*innen, ihres Einkommens und ihrer Arbeitsplätze wurden auf allen Ebenen gefunden: interprofessionell, sektoral, betrieblich. Diese Instrumente sind nicht nur für die Bewältigung dieser Notsituation, sondern auch für die Umsetzung der Wiederaufbaustrategien von grundlegender Bedeutung. Es wird in der Tat unmöglich sein, unsere Industrien ohne das Engagement und den Einsatz der Arbeitnehmer*innen wiederaufzubauen. Trotz des tiefen wirtschaftlichen Schocks, den COVID-19 verursacht hat, könnte es, wenn gut gehandhabt, auch eine Gelegenheit darstellen, unser gemeinsames europäisches Projekt stärker, sozialer und nachhaltiger zu machen.